

Aus dem Einwohnerrat Riehen

Bericht vom 24. November 2021



Es war vor allem der Vorbereitung auf die gewichtigen Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Neuen Steuerungsmodell Riehen (NSR) geschuldet, dass die Novembersitzung nur einen Abend beanspruchte. Der Bericht der Spezialkommission, mit einer voraussichtlich hilfreichen Übersicht über die wichtigsten Anpassungen, wird dieser Tage erwartet.

Die Kreditvorlage für die Erneuerung der Rössligasse kam nun endlich zu einem Abschluss, die Sanierungsarbeiten können nächstes Jahr ausgeführt werden. Das Erscheinungsbild der Strasse wird sich nicht gross verändern im Vergleich zum aktuellen Zustand.

Ebenfalls zustimmend wurde die Motion für eine bessere Verbindung zwischen der Sachkommission Bildung und Familie und den Schulen verabschiedet. Der bürokratische Aufwand gestaltet sich wegen der Anpassungen von Verträgen und Schulordnung enorm aufwendig.

Mit der Zusage (30 Ja, 4 Nein, 1 Enthaltung) zu einem Kreditantrag von immerhin über 4 Mio. Franken entschied sich der Einwohnerrat für die Erneuerung und Modernisierung des gemeindeeigenen Kommunikationsnetzes. Ein Statement in sich, denn es ist und bleibt nicht unbestritten, ob sich eine Gemeinde ein eigenes Netz in Zukunft leisten können, ob diese Form Sinn macht.

Die Kommission für Volksanregungen und Petitionen hatte vorgeschlagen, die Petition «Spielplätze gehören den Kindern und nicht den Saatkrähen» als Anzug an den Gemeinderat zu überweisen. Eine Mehrheit bestätigte diesen Vorschlag. Schon bereits angedachte Massnahmen werden nun geprüft, die eine oder andere vermutlich umgesetzt und der Einwohnerrat erhält dann wieder Bericht zur erzielten Wirkung.

Der Bericht des Gemeinderats zum Anzug betreffend der Förderung von Bikesharing-Systemen konnte abgeschrieben werden. Bei Bedarf, nämlich wenn sich die Situation bei einem der verschiedenen interessierten Playern verändert, kann gezielt ein neuer Vorstoss lanciert werden.

Der grosse Dämpfer des Tages erfolgte am Schluss der Sitzung mit der Nicht-Überweisung zweier Anzüge, die beide um eine differenzierte Abklärung von ambulanten Dienstleistungen ersuchen:

*Der Gemeinderat wird gebeten, zu prüfen und berichten, wie unabhängig vom Leistungserbringer ein für unterschiedliche Lebenssituationen bedarfsgerechtes einkommensabhängiges Unterstützungsmodell mit klar definierten Kriterien für hauswirtschaftliche Leistungen aussehen könnte und wer die Subventionsberechtigung abklärt. Dabei ist ein möglichst einfaches System mit wenig Verwaltungsaufwand anzustreben, allenfalls via Gutschrift.
(Eingereicht von Thomas Widmer-Huber, EVP, und weiteren 15 Personen)*

*Wir bitten den Gemeinderat zu prüfen und zu berichten, in welcher Form die Subventionierung von ärztlich verordneten hauswirtschaftlichen Leistungen durch die Spitex Riehen-Bettingen und selbständig erwerbende Anbietende von Spitex Dienstleistungen einkommensabhängig nach dem 1.1.2022 ausgerichtet werden kann.
(Eingereicht von Regina Rahmen, SP, und weiteren 12 Personen)*

Der Gemeinderat wollte sich die beiden Anzüge nicht überweisen lassen und eine jeweils knappe Mehrheit des Parlaments folgte ihm. Hier zeigt sich zum wiederholten Mal ein aktuelles Muster: Die Meinungen in den Fraktionen sind entlang der parteipolitischen Linien gemacht, die sachliche Reflexion scheint diesen dann zum Opfer zu fallen. Oder ist es nur die Enttäuschung, die mich konsterniert zurücklässt mit der Tatsache, dass unmittelbar im Anschluss an die beiden Anliegen

oben der Anzug «Mitgliedschaft des Einwohnerrats Riehen bei der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen (SPG).» (Eingereicht von Heiner Vischer, LDP, und weiteren 9 Personen), ohne Diskussion überwiesen worden war?

Caroline Schachenmann

27. November 2021